

Detlef Eckert
07.04.2006

Gespannte Aufmerksamkeit

Die Koalitionsverhandlungen laufen. Was ist aus behindertenpolitischer Sicht zu erwarten? Sowohl die CDU als auch die SPD haben in ihren Wahlprogrammen einen extra Absatz zur Behindertenpolitik: CDU - Förderung für Menschen mit Behinderungen, SPD - Behindertengleichstellung verbessern, Diskriminierung verhindern. Natürlich kann man in einem kurz zu haltenden Wahlprogramm wenig konkret werden. Aber die CDU ist mit ihren sehr nebulösen Formulierungen kaum zu überbieten: Ausbau ambulanter Angebote im Sinne unterstützender Dienstleistungen, Schaffung besserer Voraussetzungen für die umfassende Teilhabe und Umsetzung der Ergebnisse aus dem Modellprojekt zum persönlichen Budget (PB)! Bleiben wir beim letzten Punkt. Im vergangenen Jahr wurde im Land 21 Anträge auf ein persönliches Budget gestellt. Nach zumeist über sechs Monaten Bearbeitungszeit in der Sozialagentur wurden ganze 2 genehmigt! Die Zahlen sprechen – seit 2003 wird über das PB diskutiert – hier eine sehr klare Sprache! Die SPD fordert, dass das Behindertengleichstellungsgesetz des Landes nun endlich umgesetzt wird. Weitere Forderungen sind die Stärkung der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten, die Verbesserung des barrierefreien Zugangs sowie der Abschluss eines Rahmenvertrages für die Sicherung der individuellen Hilfebedarfe behinderter Menschen! Das ist schon etwas konkreter - im Vergleich zur CDU -, aber auch nicht Fisch noch Fleisch. Es wird spannend sein zu sehen, wie nun diese Allgemeinplätze im Koalitionsvertrag untersetzt werden. Die Linkspartei stellt fest:

1. Wer eine bessere Teilhabe, wer die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten behinderter Menschen und ihrer Organisationen real verbessern und stärken möchte muss sich für einen starken, unabhängig wirkenden Behindertenbeauftragten des Landes (nicht der Landesregierung), der sich auf ein flächendeckendes Netz hauptamtlicher Behindertenbeauftragter auf Landkreisebene stützt, einsetzen!
2. Wer den ambulanten Sektor und damit die Selbstbestimmungschancen behinderter Menschen real stärken will, muss für ein langfristiges Landesprogramm Barrierefreies Sachsen-Anhalt, welches alle Ressorts und Bereiche umfasst, eintreten!
3. Wer den individuellen Hilfebedarf behinderter Menschen real sichern will, muss die Realitäten in der Betreuungslandschaft erkennen wollen und auf partnerschaftlicher Basis zum Rahmenvertrag verhandeln!
4. Wer umfassende Teilhabe real verwirklichen will, muss nicht nur in der Frühförderung anfangen, sondern im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung und bei der Beschäftigung weitermachen. Ein erster Schritt wäre der konsequente Ausbau integrativer Beschulung – also einer Schule für alle Kinder!

Der Vorteil allgemeiner Formulierungen in Wahlprogrammen ist, dass alles möglich ist! Warten wir also mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen von CDU und SPD!